

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,00 M., bei Zustellung unter Kreuzband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate sollen die achtspaltige Kompositionelle, oder deren Raum 1,20 M., Wortanzahl im Mittelbrotte Wort 50 Pl., jedes weitere Wort 25 Pl. Lesungszuschlag 50 Proh. Sammler- und Verkaufungsanfragen sind der Redaktion zu stellen. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Beschluß für den Frieden.

Die Entscheidung gefallen.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Weimar, 22. Juni.

Die Plenarsitzung der Nationalversammlung dauerte vier Stunden und wurde dann am morgen nachmittags 3 Uhr vertagt. Die Rede des Ministerpräsidenten Bauer wurde von ihm schwach vorgetragen. Sie brachte zum Schluß, nachdem Bauer vorher alle Gründe zusammengetragen hatte, die unbedingt für die Unterzeichnung des Friedensvertrages sprechen, die überraschende Wendung, daß die Regierung den Vertrag mit zwei Vorbehalten, wegen des Bekenntnisses der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und wegen der Auslieferung Wilhelm II. und der anderen Schuldigen, mache.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten sahen sich infolgedessen genötigt, um nicht mitschuldig zu sein an dieser Gefährdung des Friedenswerkes und um sich nicht den Vorwurf der Zweideutigkeit anzuziehen, den Rechtssozialisten und dem Zentrum fatalistisch zu erklären, daß sie der ursprünglich eingereichten Resolution, die Nationalversammlung billige die Erklärung der Regierung in der Friedensfrage, nicht zustimmen würden. Dadurch schien einen Augenblick die Lage des Ministeriums gefährdet, da mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß ohne die Stimmen der Unabhängigen diese Resolution keine Mehrheit finden würde.

Infolge dieser entschiedenen Weigerung der Unabhängigen Partei verstanden sich Rechtssozialisten und Zentrum dazu, die von unseren Genossen vorgelegene Form der Resolution zu akzeptieren. Damit war der Weg frei für eine vorbehaltlose Annahme der Friedensbedingungen und jedem gefährlichen Intrigenspiel ein Halt geboten. Die Wichtigkeit dieser Wendung wurde besonders noch dadurch unterstrichen, daß Herr Meißner die Bedeutung der von den Unabhängigen veranlaßten Resolution in dem Sinne erläuterte, daß nunmehr die Regierung freie Hand zum bedingungslosen Unterschreiben habe.

Der Vorsitzende der rechtssozialistischen Fraktion Loebe-Breslau betonte mit großem Nachdruck die Notwendigkeit der Unterzeichnung des Friedens und hob, ebenso wie Genosse Naase, die Schuld am Zusammenbruch des deutschen Kriegstreibens zu. Graf Kosadowsky und Professor Stahl wiederholten oft Gehörtes, ohne auch nur eine einzige neue Note zu finden.

Unter der größten Aufmerksamkeit des vollbesetzten Hauses sprach dann Genosse Haase, der als einer der letzten Redner zu Worte kam. Er führte folgendes aus:

Der uns vorgelegte Friedensvertrag entspricht auch nach den Konzeptionen, die uns die Gegner gemacht haben, nicht unseren Grundansichten. Die letzten Vorschläge ändern an dem ursprünglichen Charakter der Friedensbedingungen nichts. Wenn wir trotz allem den Vertrag annehmen, so geschieht dies unter zwingender Gewalt; wir handeln aber dabei in voller Aufrichtigkeit: Wir wollen den Vertrag erfüllen, weil uns internationale Zusagen nicht Papierfetzen sind, aber es bestehen auch nach unserer Auffassung begründete Zweifel, ob wir den Vertrag selbst bei der größten Anstrengung werden erfüllen können. Trifft dieser Fall ein, so werden sich die Gegner damit abfinden müssen. Wo nichts ist, hat schließlich auch die Entente ihr Recht verloren. Wir wissen, daß durch den Friedensvertrag unserem Volke ungeheure Lasten auferlegt werden. Der materielle und der seelische Druck wird schwer zu ertragen sein. Aus vollem Verzeß fühlen wir mit all denen, die gegen ihren Willen von ihren Volksgenossen losgerissen werden. Wir verkennen auch nicht, daß durch den Vertrag gerade das Proletariat bei seinem sozialen Aufstieg und bei seiner politischen Machterweiterung gehindert wird. Dennoch

bleibt nichts anderes übrig, als die Annahme des Vertrages.

Die Ablehnung würde nicht nur die Hebel vergrößern, sie bedeutet vielmehr den sicheren Ruin. Daß unser Volk in diese traurige Lage gekommen ist, das verdankt es jenen rachsüchtigen Kriegstreibern und Kriegsverlängerern, deren es sich nicht bei Zeiten erwehrt hat. Das unwahre Gerücht, daß unser Heer nicht besiegelt worden sei, daß die Revolution und den Gegnern ausgeliefert habe, dient nur dem Zweck, die Schuldigen zu deden. Seit Juli 1918 war der militärische Widerstand gebrochen, infolge Niederlage auf Niederlage. Wäre nicht nach dem Wunsch und

Willen der Heerführer der Waffenstillstand herbeigeführt worden, so hätte die deutsche Armee auf dem Schlachtfeld ein Debakle erlitten, wie es die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat. Unser Volk war auf das äußerste erschöpft. Reserven waren nicht mehr herbeigekommen, das Vabanquespiel, das im Frühjahr 1918 begonnen wurde, war für Deutschland verloren und konnte nicht gut ausgehen. Das deutsche Volk hat in seiner überwältigenden Mehrheit, wenn auch leider zu spät, wer es uns Verderben getrieben hat; es lehnt sich jetzt mit aller Kraft dagegen auf, daß es von neuem ins Unglück gestürzt werde. Das wäre aber der Fall, wenn der Friedensvertrag verworfen würde, sind doch die Folgen mit aller Sicherheit vorzusahehen. Die Heere der Gegner würden in Deutschland schnell vorrücken. Es ist müßig, zu untersuchen, wie weit der Vormarsch gehen wird. Kein Mensch bezweifelt in diesem Augenblick mehr, daß sie mindestens das Ruhrgebiet besetzen und die Mainlinie abschneiden würden. Ist aber das Ruhrgebiet besetzt, so rollt nach zwei Wochen kaum mehr ein Eisenbahnzug, dann raucht kein Schornstein mehr in Deutschland, das Millionenheer der Arbeitslosen schwimmt dann um Millionen an.

Wer will dieses Unheil verantworten?

Noch kurzer Zeit würde das Hungergepenst durch die Masse des Volkes schreien, schrecklicher denn je. Denn die Entente würde nicht zögern, die Blockade auf das strengste durchzuführen und unserem Volke alle Lebensmittel zu entziehen. Die, die jetzt am lautesten rufen, „müge kommen, was da wolle“, würden allerdings auch dann nicht hungern. Sie haben sich während des Krieges gut oder mindestens genügend ernährt und würden auch weiter dazu in der Lage sein. Die durch die traurigen Ergebnisse des Krieges, durch den Hunger und die Not in fünf Jahren schon sehr körperlich aufgeriebenen und seelisch gemarterten Masse des Volkes würde geradezu zur Verzweiflung getrieben werden. In den Massen graut es ohnedies. Die Blut- und Wundenpolitik der Regierung, die Verletzung politischer Gegner, die Verhaftung von tausenden unschuldigen Arbeitern, die außerordentlichen Kriegs- und Standgerichte haben diese Stimmung erzeugt, die eine weitere Belastung jedenfalls nicht mehr erträgt. Wir dürfen in dieser Stunde auch nicht die 800 000 Kriegsgefangenen vergessen, die in fremden Ländern unfähig leiden. Wir dürfen nicht den Schmerz und Kummer ihrer Angehörigen, die in großer Zahl wirtschaftlich und seelisch zugrundegegangen sind, noch vernachlässigen. Unter den vielen Hungergehungern, die uns von Angehörigen der Kriegsgefangenen noch in letzter Stunde zugegangen sind, haben sich wohl auch jene befunden, die in Belgien von mindestens 15 000 Frauen von Kriegsgefangenen gefaßt wurden.

Wird der Vertrag nicht unterschrieben, dann ist der Rheinbund in greifbare Nähe gerückt.

Die in der letzten Zeit in den Rheinländern gespielte Komödie kann zu einem ernsten Drama werden. Die süddeutschen Staaten, die jetzt in engem Zusammenhang mit dem Deutschen Reich stehen wollen, werden dem Ansturm ihres Volkes, vor allen Dingen auch dem Verlangen der Kapitalisten, die ihr Vaterland suchen, wo es ihnen gut geht, nicht widerstehen können. Es besteht daher die dringende Gefahr, daß Süddeutschland von den übrigen Deutschland abgetrennt wird.

Die Lage erheischt ein klares Ja oder Nein. Der Abgeordnete Gräber hat mit Bestimmtheit und Entschiedenheit ausgesprochen, daß ein neuer Krieg unter allen Umständen vermieden werden müsse. Ich frage mich, wie kommt dazu die Erklärung des Ministerpräsidenten? Nachdem der Ministerpräsident in durchaus zureichender Weise dargelegt hat, in welcher Lage wir bei Ablehnung des Vertrages lämen, und nachdem er sich für die Annahme des Vertrages ausgesprochen hat, hat er schließlich zwei Vorbehalte an diese Bereitwilligkeit zur Unterschreibung geknüpft. Die Regierung will es ablehnen, die alleinige Schuld am Kriege anzuerkennen und sie will die uns im Ultimatum auferlegte Verpflichtung verweigern, die Schuldigen auszuliefern. Ist die Regierung dessen ganz gewiß, daß die Alliierten diese Vorbehalte annehmen werden? Hat sie die Garantie, daß sich die Alliierten mit dieser einschränkenden Forderung zufrieden geben werden, oder, bestet sie, wie alle vorhergegangenen Regierungen, in dieser ungeheuer schicksalsschweren Stunde des deutschen Volkes

wieder gefährliche Illusionen?

Es wäre unverantwortlich von einer Regierung, wenn sie trotz der Erkenntnis, welche furchtbaren Folgen eine Ablehnung der Forderungen hätte, an zwei Punkten des Vertrages und gerade

an diesen zwei Punkten den Vertrag scheitern zu lassen, einen neuen Krieg zu verursachen, um allein die Schuldigen der Verantwortung zu entziehen. Das wäre nicht nur Wahnsinn, das wäre ein noch größeres Verbrechen, als die Erklärung des Weltkrieges. Diese Fragen brauchen aber gar nicht die Friedensverhandlungen zu beschäftigen. Unsere Partei hat von Anfang an gefordert, daß unsere eigene Regierung die Dokumente über den Ausbruch des Krieges veröffentlicht und die Schuldigen zur Rechenschaft zieht. Wir haben insbesondere schon in der ersten Sitzung der Nationalversammlung dies Verlangen erhoben und wir haben auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß, wenn unsere Forderungen unberücksichtigt blieben, wir schließlich in eine peinliche Lage versetzt würden.

Der Ententekapitalismus will sich durch diesen Friedensvertrag stärken und das kapitalistische System in der Welt gegen den Fortschritt des Sozialismus kämpfen. Vergebliche Mühe. Nicht einer bürokratischen Planwirtschaft, sondern der sozialistischen Wirtschaftsweise gehört die Zukunft. Die Vorgänge der letzten Wochen in Frankreich, Italien und England beweisen, daß die Arbeiterklassen dort überall erwachen, daß große soziale Bewegungen im Gange sind, aber es würde durchaus irrtümlich, wenn man binnen wenigen Tagen und in den nächsten Wochen auf die vollständige Weltrevolution rechnen wollte. Die Weltrevolution schreitet vorwärts. Sie schreitet unaufhaltsam vorwärts, aber nicht so rasch, wie wir es wünschen. Und aus diesem Grunde muß der Friedensvertrag unterschrieben werden. Wir haben die volle Zuversicht und sind durch die lebhafteste soziale Bewegung in den genannten Staaten in dieser Zuversicht bestärkt worden, daß der Friedensvertrag schließlich durch die Solidarität des internationalen Proletariats, das überall zur Herrschaft kommen wird, abgeändert werden wird. Dem Ententekapitalismus können wir darum mit Zug und Recht zurufen: Ihr demüt und, daß Ihr zwingt und nicht! (Lebhaftes Bravo!)

Der neue Ministerpräsident.

Demgleich dem neuen Kabinett als „vorübergehende Erscheinung“ hinsichtlich seiner Zusammenfassung keine übermäßige Bedeutung beizumessen ist, so hat doch die Wahl des Ministerpräsidenten in der ausgesprochenen kapitalistischen Presse eine gewisse Befriedigung ausgeföhrt. Bauer gilt, wie eine Berliner Mittagszeitung schreibt, „als ein sehr besonnener, verständiger und außerordentlich maßvoller Politiker“. Dieselben Mäuler betonen aber, daß der bisherige Reichsarbeitsminister auch sehr energisch sein kann. Er ist, so schreibt das bürgerliche Blatt weiter, „gegen den radikalen Flügel in seiner Partei und in der Gewerkschaftsbewegung mit großer Schärfe vorgegangen und hat noch auf dem Weimarer sozialistischen Parteitag eine Rede gegen die Radikalisierung der Angestelltenbewegung gehalten, die berechtigtes Aufsehen erregt hat“. Auch das „Berliner Tageblatt“ weiß von dem neuen Premierminister nur zu berichten, daß er sich nicht gelassen habe, gegen die sinnlosen Streiks und Arbeiterbewegungen in der letzten Zeit Stellung zu nehmen. Ebenso rühmt ihm die „Voss. Zeitung“ nach, daß seine Weimarer Rede „gegen das Streikfever und den Lohnraub“ der sich immer radikaler gebärdenden Angestelltenbewegung „von großer Wirkung gewesen sei. Also maßvoll gegen die Unternehmer und klar gegen die revolutionäre Arbeiterchaft, das Zeugnis wird dem Reichsarbeitsminister Bauer von Unternehmer- und Arbeiterseite gleichmäßig ausgestellt werden müssen.

Vielleicht hätte ihm die Unternehmerpresse zu seiner Präsidentenschaft noch mehr zugejubelt, wenn ihr bekannt gewesen wäre, daß Herr Bauer inzwischen gegen einzelne besonders unangenehme Führer der freien Angestelltenverbände einen persönlichen Verfolgungsfeldzug eingeleitet hat. Den einzelnen Organisationen der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände sind im Zusammenhang mit den Kommissionsberatungen über die Betriebsräte Kandidatenschriften Bauers zugegangen, in denen zwei Kommissionsvertreter der Arbeitergemeinschaft wegen der in der „Freiheit“ und in der „Räte-Zeitung“ veröffentlichten kritisch gehaltenen Artikel über jenen famosen Gehebenwart persönlich verächtlich werden, um so innerhalb der beteiligten Angestelltenorganisationen Mißtrauen gegen die Verhandlungsführer zu wecken.

In letzter Linie handelt es sich bei dieser Verfolgung einzelner Personen aus der freien Angestelltenbewegung um den Kampf gegen den Rätegedanken.

Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung. Das Haus ist voll. Die Tribünen sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer

Erklärung der neuen Reichsregierung.

Reichsministerpräsident Bauer widmet den auscheidenden Reichstag, insbesondere dem Ministerpräsidenten Scheidemann, seine warmen Dankes für ihre hingebende und aufopferungsvolle Arbeit. (Beifall links.) In diesem Dank soll auch die Arbeit der Friedensdelegation eingeschlossen sein. (Erneuter Beifall.)

Annahme oder Ablehnung.

zur Parteifrage werden. Wer sich ernsthaft der Frage beschäftigt hat, weiß ganz genau, ungeheuer schwer diese Entscheidung ist. Die Zeit der Erwägungen und Abwägungen ist vorüber, die Stunde der Entscheidung ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortung. Die Reichsregierung ist sich vollkommen bewusst, dass die Zustimmung ihrer Mehrheit sie wohl im demokratischen Sinne entlasten kann, aber sie weiß ebenso, dass sie trotz aller Rechtfertigungen haben kann, wenn sie sich schuldig macht, die Verantwortung zu übernehmen, und nicht nach dem Willen der Mehrheit zu handeln. (Beifall.)

die Vollmacht zur Unterzeichnung

Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzunehmen, dass das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.

der zweite Antrag

Ministerpräsident Bauer wendet sich gegen den Abg. Haase und die Unabhängige Sozialdemokratie, der er vorwirft, eine völlig verfehlte und erfolgswidrige Politik getrieben zu haben.

zwei Anträge

Der erste Antrag Schulz (Soz.) - Gröber (Zentr.) Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus. Der zweite Antrag Schulz (Soz.) gibt für die Reichsregierung eine Erklärung ab, die die Nationalversammlung billigt.

wird. (Sehr richtig!) Mit schwerem Herzen, nach unausgesehenen Verhandlungen, nach reichlicher Prüfung aller Folgen haben wir uns doch zuletzt entschließen müssen, dieses Friedensinstrument hinzunehmen.

Der Kapitalismus und der Imperialismus haben diesen Krieg hervorgerufen. Sie schloßen der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt dem ausgesetzten Krege diese Bunden. Wir sind der Überzeugung, daß auch die Feinde zu der Erkenntnis gelangen werden, daß viele Friedensbedingungen nicht zur Tat werden können. Die Absicht einer offenen und verteilten Nichtbeachtung der Friedensbedingungen darf niemals aufgetaucht. Unser Volk ist durch den langen Krieg und seine Wirkungen

Abg. Gröber (Zentrum):

Die Zentrumsfraktion nimmt den Erklärungen der Regierung zu und wird die neue Regierung, an deren Zusammensetzung sie sich beteiligt hat, unterstützen. Für diese Stellung des Zentrums ist entscheidender Gesichtspunkt, daß wir einen neuen Krieg unter allen Umständen vermeiden müssen. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Das deutsche Volk hat nicht mehr die Kraft, einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Den schweren und kaum erfüllbaren Bedingungen stehen

Abg. Gröber (Zentrum):

Die Zentrumsfraktion nimmt den Erklärungen der Regierung zu und wird die neue Regierung, an deren Zusammensetzung sie sich beteiligt hat, unterstützen. Für diese Stellung des Zentrums ist entscheidender Gesichtspunkt, daß wir einen neuen Krieg unter allen Umständen vermeiden müssen. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Das deutsche Volk hat nicht mehr die Kraft, einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Den schweren und kaum erfüllbaren Bedingungen stehen

Abg. Schiffer-Magdeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Vordessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall rechts und bei den Dem.) Ein solcher Friede ist unvereinbar mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und politischen Fortschritt des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Am 12. Mai hatte die deutsche Volksvertretung einen wirklich großen Tag, als der Ministerpräsident davon sprach, daß die Hand des Bedenkens müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichnen. Was ist seitdem geschehen, um diese Zielsetzung auszuführen? Nichts, oder so gut wie nichts.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Vordessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall rechts und bei den Dem.) Ein solcher Friede ist unvereinbar mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und politischen Fortschritt des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Am 12. Mai hatte die deutsche Volksvertretung einen wirklich großen Tag, als der Ministerpräsident davon sprach, daß die Hand des Bedenkens müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichnen. Was ist seitdem geschehen, um diese Zielsetzung auszuführen? Nichts, oder so gut wie nichts.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Vordessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall rechts und bei den Dem.) Ein solcher Friede ist unvereinbar mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und politischen Fortschritt des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Am 12. Mai hatte die deutsche Volksvertretung einen wirklich großen Tag, als der Ministerpräsident davon sprach, daß die Hand des Bedenkens müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichnen. Was ist seitdem geschehen, um diese Zielsetzung auszuführen? Nichts, oder so gut wie nichts.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Vordessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall rechts und bei den Dem.) Ein solcher Friede ist unvereinbar mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und politischen Fortschritt des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Am 12. Mai hatte die deutsche Volksvertretung einen wirklich großen Tag, als der Ministerpräsident davon sprach, daß die Hand des Bedenkens müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichnen. Was ist seitdem geschehen, um diese Zielsetzung auszuführen? Nichts, oder so gut wie nichts.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Vordessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall rechts und bei den Dem.) Ein solcher Friede ist unvereinbar mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und politischen Fortschritt des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Am 12. Mai hatte die deutsche Volksvertretung einen wirklich großen Tag, als der Ministerpräsident davon sprach, daß die Hand des Bedenkens müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichnen. Was ist seitdem geschehen, um diese Zielsetzung auszuführen? Nichts, oder so gut wie nichts.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Vordessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall rechts und bei den Dem.) Ein solcher Friede ist unvereinbar mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und politischen Fortschritt des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Am 12. Mai hatte die deutsche Volksvertretung einen wirklich großen Tag, als der Ministerpräsident davon sprach, daß die Hand des Bedenkens müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichnen. Was ist seitdem geschehen, um diese Zielsetzung auszuführen? Nichts, oder so gut wie nichts.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Vordessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall rechts und bei den Dem.) Ein solcher Friede ist unvereinbar mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und politischen Fortschritt des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Am 12. Mai hatte die deutsche Volksvertretung einen wirklich großen Tag, als der Ministerpräsident davon sprach, daß die Hand des Bedenkens müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichnen. Was ist seitdem geschehen, um diese Zielsetzung auszuführen? Nichts, oder so gut wie nichts.

hoffen können. Unsere Stimme, um in leidenschaftlicher Weise gegen die Fortsetzung unserer Heimat vom Mutterlande Protest zu erheben. Aber um unsere Heimat nicht dauernd zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecken des Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutendem Herzen entschlossen, dem Friedensvertrag unsere Zustimmung zu geben. Wir werden aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die von der Heimat getrennten Gebiete den Weg zum Vaterland zurückfinden werden. Wir gründen diese Hoffnung auf den Sozialismus (Lachen rechts) und auf den Völkerverbund. (Beifall links rechts.)

Abg. Schulz-Bamberg (Dt. Nat.):

Wir haben keine Klärung bekommen, wie die neue Fassung der Entschließung der Reichsversammlung zu verstehen ist. Danach soll sich die Nationalversammlung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden erklären. Weder vom Regierungssitz noch aus dem Hause ist dazu irgendwelcher Vorbehalt gemacht worden. Soll das also heißen, daß auch ohne die Erfüllung der von dem Abgeordneten Gröber verlangten Voraussetzungen der Vertrag unterzeichnet werden soll? Unseren Rednern ist die Möglichkeit genommen worden, hierüber zu sprechen.

Abg. Dr. Heim (Zentr.):

Ich war der nächste Redner auf der Liste und hätte nur 15 Minuten sachlich gesprochen. Hier, wo es sich um Geschäfte handelt, hat man mir das durch den Beschluß meiner eigenen Partei unmöglich gemacht. (Lachen links rechts.)

Abg. Kieffer (Dt. Sp.):

Wenn wir keine Auslegung für die zweite Fassung des Antrages der Reichsversammlung erhalten, so entscheidet die juristische Auslegung. Sie würde dahin lauten, daß die Unterzeichnung des Vertrages ohne Vorbehalt erfolgt. (Lachen links rechts.)

Abg. Haase (U. Soz.):

Ich wende mich in einer persönlichen Bemerkung gegen den Ministerpräsidenten: Die Massen verüben unsere Taktik. Das beweisen alle Wahlen der letzten Monate. Unter großer Anruhe wird zunächst zur Abstimmung geschritten über den Antrag: Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen.

Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

In namentlicher Abstimmung wird dieses Vertrauensvotum mit 236 gegen 89 Stimmen bei 68 Stimmenthaltungen (Demokraten) erteilt.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Interpellationen; Besch über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes, über die Biersteuergemeinschaft, die Landeskontenliste u. a.

Vorbereitungen.

Und wird mitgeteilt: Den Beamten der Generalkriegskasse wurden am Sonnabend für 2 Monate das Gehalt vorausbezahlt. Es wurde ihnen erklärt, daß in den nächsten Tagen Anruhen zu erwarten seien. Im März wurde den Beamten, die den dem Kriegministerium unterstellten Behörden angehören, für 4 Jahr das Gehalt vorausbezahlt. Damals erwartete man Anruhen von links. Heute rechnet man auf einen Umsturz von rechts. Mit der Gehaltszahlung auf Vorstich will man die lauen Elemente für sich gewinnen und die Treue zu den herrschenden Mächten für die Zeit der Umwälzung erhalten. Die Beamten der Wamba und des Kriegministeriums haben ihr Gehalt gleichfalls voraus empfangen. Auch bei anderen militärischen Stellen ist in der Weise verfahren worden.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Metallarbeiter gegen jedes Kollektivabkommen.

Sonntag vormittag tagte in der „Konfordia“ eine Generalversammlung des Berliner Metallarbeiterverbandes (Christenverwaltung Berlin), die Stellung nahm zu der durch die letzte Urabstimmung erfolgten Abweichung der Beitragserhöhung und zu den Kollektivabkommen. In der abgelehnten Beitragserhöhung erblickte die Christenverwaltung ein Vertrauensvotum und stellte ihre Reklame zur Verfügung. Die Versammlung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß die Beitragserhöhung nur infolge mangelnder Aufklärung der Mitglieder abgelehnt sei, und es wurde beschlossen, eine neue Urabstimmung einzuleiten. — Nach zögerlicher Diskussion nahm die Versammlung hierauf folgenden Antrag an: „Die Generalversammlung erklärt sich prinzipiell gegen den Abschluß eines Kollektivabkommens für die Metallindustrie Groß-Berlins. Dieser Beschluß ist bindend für alle Branchen.“

Der drohende Poststreik.

Der Streik der Postausbehalter, über dessen Ursache wir bereits berichteten, scheint zur Gewissheit werden zu sollen. Auf dem Postbedam in der Dorotheenstrasse sind die Ausbehalter schon am Sonnabend Nachmittag 2 Uhr in den Streik getreten. Die entscheidende Versammlung, die über den Generalstreik beschließt, findet heute Abend statt.

Die freie Welt

Rosa Luxemburg-Hef

Erscheint Mittwoch Preis 20 Pf.

